

Die Stimme

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Stimme“ beträgt für In- u. Auslands- bezüher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Expod. u. Verl.: Charlottenburg, Brühlstr. (Neubau).
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849. •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nicht vom Ganzen werden
••••• Als blühendes Glied schließ an ein Ganzes dich an •••••

Inserate: Die 6spalt. Pettzelle wird mit 0,20 Goldmark für Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen berechnet. Für arbeitsuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Das Ziel der gewerkschaftlichen Lohnpolitik.

Von Erik Larnow.

Wir fragen die Gewerkschaften, bei welcher Lohnhöhe mit dieser Lohnpolitik halt gemacht werden soll. Wir fragen, ob hier überhaupt ein Ziel gegeben ist, oder ob man in den Gewohnheiten der Inflationszeit beharren will?

(Die Lohnpolitik der Arbeitgeber, Seite 31.)

Auf diese von der Vereinigung der Arbeitgeberverbände feierlich gestellte Frage sollen wir offenbar antworten, ob wir einen Stundenlohn etwa von 1 Mk. oder 1,50 Mk. oder 2 Mk. oder welche Lohnskiffer sonst als letztes Ziel unserer Lohnpolitik anfechten. Darauf wollen wir offen und ehrlich antworten, daß wir ein solches, zahlenmäßig ausdrückbares, endgültiges Ziel für unsere Lohnforderungen tatsächlich überhaupt nicht kennen. Und wenn nur die Arbeitgeber im Gefühl der Genugtuung, einem Schwerverbrecher das Bußgeständnis seiner schändlichen Gesinnung abgebetet zu haben, mit Entrüstung feststellen, daß also das Motiv der gewerkschaftlichen Lohnpolitik eine unerfüllte, überhaupt nicht zu stillende Begehrlichkeit sei, so müssen wir diesen Vorwurf auf uns nehmen. Wir wollen uns nicht einmal darauf hinausreden, daß wir bezwillen keine endgültige feste Lohnhöhe genannt werden könne, weil die Kaufkraft des Geldes nicht feststeht und bei sinkender Kaufkraft der Nominallohn erhöht werden muß, um den Reallohn stabil zu erhalten. Vielmehr müssen wir uns schuldig bekennen, selbst bei gleichbleibenden Kosten der Lebenshaltung von der Forderung nach weiteren Lohnhöhungen nicht ablassen zu wollen.

Das Ziel unserer Lohnpolitik.

Es lautet: Den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug nur dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist. Es ist klar, daß es nach diesen Grundätzen eine zahlenmäßige Begrenzung der Lohnhöhe nicht geben kann; denn es liegt im Wesen der ökonomischen Entwicklung, daß die Ertragsfähigkeit der Arbeit fortgesetzt steigt. Wir wissen allerdings, daß wir in der kapitalistischen Wirtschaft das Ziel unserer Lohnpolitik nicht erreichen können; denn diese Wirtschaft kann nur laufen, wenn auch Kapitalzins und Unternehmerprofit vom Arbeitsertragnis mit abfallen. Eben deswegen streben wir eine Wirtschaft an, in der die Arbeit von solchen Tributen befreit ist. Solange aber unser Wirtschaftsziel noch nicht erreicht ist, müssen wir unsere Bemühungen darauf verwenden, wenigstens den Anteil des Arbeitslohnes so hoch, den Anteil des Kapitals und die Profitrate der Unternehmer so tief wie nur irgend möglich zu drücken. Wir können also ehrlicherweise nicht bestreiten, daß wir, solange die kapitalistische Profitwirtschaft besteht, immer eine Erhöhung des Lohnanteils fordern werden; denn der Zeitpunkt, wo wir 100 Prozent des Möglichen erreicht haben werden, kann erst jenseits der kapitalistischen Wirtschaft liegen.

Wenn die Unternehmer ebenso ehrlich wie wir wären, müßten sie als das Ziel ihrer Lohnpolitik bezeichnen: einen möglichst großen Anteil aus dem Arbeitsertragnissen für das Kapital und den Produzenten, denn die Triebkraft der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht Gewinn schlechthin, sondern möglichst hoher Gewinn. Es wäre gewiß übertrieben, von den Vertretern des Kapitals ebenso wie von denen der Arbeit behaupten zu wollen, daß auch sie letzten Endes nicht weniger als 100 Proz. des gesamten Arbeitsertrages für sich anstreben. Das ist aber keineswegs ein Beweis für ein größeres Maß von Verschwendung. Die Dinge liegen eben so, daß zwar eine Wirtschaft ohne Kapitalzins und Profit denkbar ist, nicht aber eine Wirtschaft ohne Arbeit.

Bei dieser Sachlage ist es klar, daß eine Verständigung über das Ziel der Lohnpolitik zwischen Arbeit und Kapital überhaupt nicht erfolgen kann. Das schließt aber keineswegs aus, daß zeitlich begrenzte Kompromisse geschlossen werden können, so daß die beiden Parteien sich nicht andauernd in offener Feldschlacht einander gegenüberstehen müssen. Sie müssen sogar notgedrungen zu Kompromissen kommen, weil es ihnen andernfalls so gehen würde, wie den beiden Bauerningen, die sich um den Besitz einer Taube rufen, währenddem ihnen das Kampfobjekt davonfliegt, so daß sie schließlich beide nichts haben. Keine der Parteien hat etwas davon, wenn sie ihren Anteil im Verhältnis zu dem der anderen erhöht, wenn dadurch das Gesamtobjekt — also das Gesamtertragnis der Wirtschaft — gleichzeitig sich so vermindert, daß auch der vergrößerte Anteil weniger ist als vordem d. geringere. Drum läuft letzten Endes die praktische Lohnpolitik darauf hinaus, jenes Kompromiß zu finden, das nach Abwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse der Billigkeit entspricht, wobei es im wesentlichen darauf ankommt, das Ergebnis zu erkennen, das gegebenenfalls auch im offenen Kampf erreicht werden würde. Die Kunst dieses Erkennens wird wohl niemals gleichzeitig auf beiden Seiten soweit entwickelt sein, daß in der Wirtschaft störende Kämpfe ganz vermeidlich würden. Aber zweifellos liegt es im Interesse beider Teile, diesem Ziel möglichst nahezukommen.

Ungeachtet der traurigen wirtschaftlichen Zustände, die uns gegenwärtig umgeben, wäre es sicher mehr denn je geboten, ohne Beeinträchtigung der Wirtschaft zu einer Verständigung zu kommen. Aber es ist der Klugheit eben dieser selben wirtschaftlichen Zustände, daß sie uns soziale Machtgefühl der Unternehmungsklassen hermaßen überfließen haben, daß ihr der Blick für das Greifbare ganz verloren gegangen ist. Was die Unternehmer heute mit salbungsvollen Worten als „Verständigung“ anbieten, ist in Wahrheit Diktat, das sowohl in der Form wie in der Sache für die Arbeiterschaft schlechterdings unannehmbar ist. Vordruck und Arbeitszeitverlängerung sind ihnen in erster Linie Mittel, nicht um die Wirtschaft zu heben, sondern um die Klassenmacht der Unternehmer zu stärken. Dazu die „verständnisvolle Mitarbeit der Gewerkschaften“ zu fordern, ist mehr als naiv.

Der objektive Maßstab für die Lohnmessung.

Wollte man wirklich ehrlich eine Verständigung in der Lohnpolitik, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt, so

müßte man in bezug auf die zurzeit mögliche Lohnhöhe nach einem objektiven Maßstab suchen. Die Unternehmer erklären, daß der Lohn heute schon zu hoch wäre; die Arbeiter halten ihn im Gegenteil für zu niedrig und einen höheren Lohn für berechtigt und tragbar. Mit welchem objektiven Maßstabe kann hier gemessen werden, welche Ansetzung die richtige ist? Die Arbeitgeber versuchen in ihrer Broschüre*) mit einem großen Aufwand von Zahlen nachzuweisen, daß die Lohnhöhe heute nominell den Friedensstand überschritten, der Kaufkraft nach ungefähr erreicht hätte.

Die Lohnstatistik steht aber auf so wackeligen Füßen, daß schon die Richtigkeit der einzelnen Zahlen und Vergleiche durchaus unsicher ist. Noch viel weniger lassen sich aus Einzelergebnissen verallgemeinernde Schlussfolgerungen für die gesamte Wirtschaft ziehen, und erst recht sind daraus Rückschlüsse auf die allgemeine reale Höhe des Arbeitslohnes in Deutschland nicht möglich. Dagegen gibt es eine andere Methode der Lohnermittlung und der Lohnvergleichung, die sich für eine objektive Nachprüfung sehr viel besser eignet, nämlich die Ermittlung des Lohnanteils im Warenpreise. Im Verhältnis des Lohnanteils zum Warenpreise drückt sich die Kaufkraft des Lohnes aus, die bestimmend ist für die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiter.

Nie wieder Krieg!

Noch sind lange nicht die Wunden geheilt, die das Weltverbrechen von 1914 geschlagen hat und noch bemühen sich alle Menschenfreunde, den Folgen des Krieges ihre Unertügllichkeit für die Völker zu nehmen, und schon sind wieder total Verblendete an der Arbeit, die Völker in neues Unheil zu stürzen. Sie predigen Haß und schüren die Kriegsflammen!

Auch wir predigen Haß! Ein Haß muß in den Herzen der Menschen weiterleben!

Das ist der heilige Haß gegen den Krieg!

Eine Macht in der Welt gibt es, die Bürge dafür ist, daß dieser Haß nicht verschwindet: Das international vereinigte Proletariat. Das international vereinigte Proletariat ist die Macht, die den Krieg vernichten wird. Mit der Losung: Nie wieder Krieg! zieht es in den Kampf gegen den Krieg — als Friedensarmee. Wenn diese Friedensarmee will — und sie muß wollen — dann wird ihr Massenaufmarsch gleich einer drohenden Warnung allen jenen in die Ohren tönen, die sich in kalter Berechnung und schamloser Habgucht aufs neue anschicken, die Menschheit für Jahre und Jahrzehnte hinaus in Elend und Trauer zu stürzen.

Diesem Aufmarsch der Friedensarmee organisiert der internationale Gewerkschaftsbund für alle ihm angeschlossenen Länder für den 3. Sonntag im September.

Am diesem Tage darf keiner fehlen, der für den Frieden und gegen den Krieg ist! Haltet euch an diesem Tage frei und demonstrieret zum

Internationalen Anti-Kriegstag 1924

am 3. Sonntag im September unter der Losung:

Krieg dem Krieger! Es lebe der Weltfriede!

Der Gesamtpreis der Waren in der Volkswirtschaft entsteht durch die Addition verschiedener Faktoren: Rohstoffkosten, Arbeitslöhne, Kapitalzins, Unternehmergewinn, Handelsunkosten, Steuern u. a. Je höher der Lohnanteil im Preise ist, je geringer die anderen Faktoren bei der Preisbildung sind, um so höher ist nicht nur der reale Lohn der Arbeiter, sondern um so gesunder ist auch die Wirtschaft; denn je höher der Lohnanteil, um so größer die allgemeine Kaufkraft, um so günstiger die Beschäftigungsmöglichkeit. Die Differenz zwischen Lohnkonto und Warenpreiskonto in der Volkswirtschaft auf das geringstmögliche Maß zu verringern, ist die wichtigste Aufgabe sowohl der Wirtschaftspolitik wie der Sozialpolitik. Erst Untersuchungen des Lohnanteils ergeben ein objektives Bild über die tatsächliche Lage der Arbeiter, und dabei ergeben sich auch wirklich brauchbare Vergleichsmöglichkeiten mit der Vorkriegszeit.

Wie groß ist der Lohnanteil im Produkt?

Leider stehen zahlenmäßige Untersuchungsergebnisse in dieser Beziehung nur wenig zur Verfügung. Die Möglichkeit solcher Untersuchungen beschränkt sich im allgemeinen auf die Unternehmerschaft, die aber dazu sehr wenig Neigung verspürt und es aus begrifflichen Gründen vorzieht, nur die Entwicklung des nominalen Lohnes zu behandeln, ohne dabei den Zusammenhang mit der Preisentwicklung genügend darzustellen. Im Jahre 1923 hat die Frankfurter „Wirtschaftskurve“ einmal den

*) „Uns einzelne gehende Statistiken, von denen hier im Interesse der Uebersichtlichkeit Abstand genommen ist, erweisen einwandfrei, daß die heutigen Nominallöhne der Masse der ungelerten Arbeiter bis 50 Proz. und mehr höher sind, als die Vorkriegslöhne.“

Die Bergarbeiter haben im Steinkohlen- wie im Braunkohlenbergbau mit durchschnittlichen Spitzenlöhnen von rund 6,20 Mk. und 4,50 Mk. annähernd den Friedensreallohn. Dasselbe gilt für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrien. Die Facharbeiter der metallverarbeitenden und Holzindustrie haben mindestens den Friedensnominallohn, im großen und ganzen auch annähernd den Friedensreallohn erreicht. Dasselbe ist im Bau- gewerbe festzustellen.

Trotzdem läßt der Satz von den niedrigen deutschen Löhnen unter dem Eindruck fünfjähriger Not und infolge der Agitation der Gewerkschaften noch heute im deutschen Volke fest. Es mag dahingestellt bleiben, in welchem Umfange dieser Satz in der Vergangenheit berechtigt war; denn der Streit über die Lohnpolitik der Inflationszeit soll hier nicht ausgetragen werden. Nach dem heutigen Lohnstand trifft dieser Satz nicht zu. Dies muß festgestellt werden trotz allen Widerspruchs.“ (Seite 23.)

Versuch unternommen, die Entwicklung des Lohnanteils zu ermitteln und hat eine Reihe von Einzeluntersuchungen darüber veröffentlicht, die, von ganz wenigen Ausnahmefällen abgesehen, überall eine starke Senkung des Lohnanteils ergaben. Danach war z. B. der Lohnanteil seit 1914 gesunken in der Baumwollspinnerei (es handelt sich jeweils um Realkulationen aus einzelnen Betrieben) von 5,5 auf 2,14 Proz., in der Weberei von 10,4 auf 3,8 Proz., bei einem anderen Artikel von 14,9 auf 5,5 Proz., in der Möbelindustrie bei vier verschiedenen Artikeln von 24,6 auf 5,66, von 19,5 auf 12,1, von 29,9 auf 12,5 und von 31,3 auf 17,0 Proz., im Ruhrkohlenbergbau von 59 auf 33 Proz. Wegen diese Ergebnisse kann eingewendet werden, daß die Inflationszeit kein geeigneter Zeitpunkt für solche Untersuchungen gewesen sei. In der Tat wäre sehr zu wünschen, daß für die Gegenwart bei stabilen Verhältnissen solche Untersuchungen in größerem Umfange wiederholt würden. Es kann aber gar keinem Zweifel unterliegen, daß dabei ein starkes Sinken des Lohnanteils im Gesamtdurchschnitt der Wirtschaft als Ergebnis herauskäme.

Gelegentlich der Textilenquete im Reichswirtschaftsrat sind eine Anzahl Realkulationen von den Sachverständigen des Unternehmertums vorgelegt worden, die diese Materie beleuchten. Soweit diese Realkulationen Vergleiche über den Lohnanteil ermöglichen, zeigen wir nachstehend dessen Entwicklung auf:

Der Lohnanteil in den Produktionskosten	1914	1924
Baumwollspinnerei	68,0 Proz.	42,7 Proz.
Wollweberei (Herrenstoffe)	15,5	8,8
Wirkwaren (Zutterhose), Spulen, Wirten,		
	Rauhen	6,1
	Zuschneiden, Fertigmachen	7,3
Färberei	80,9	27,0
Seidenfärberei	80,0	22,8
Herrenwäsche (Stragen)	35,0	25,0
	31,3	19,4
(Hemden)	29,0	19,8
	29,0	18,4
Konfektion (Herrenanzug)	18,8	15,0

Nun ist allerdings bei Vergleichen mit der Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen, daß in der Textilindustrie die Rohstoffpreise ganz besonders stark übersteuert sind. Andererseits sind aber auch in dieser Industrie, die früher wegen ihrer typischen Glanzlöhne berüchtigt war, die Löhne nominell stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft. Trotzdem das Sinken des Lohnanteils. Es zeigt sich aber auch, daß da, wo der Rohstoffpreis außer Anschlag blieb, wie z. B. in der Spinnerei, wo der Lohnanteil nicht vom Garnpreis, sondern von den Spinnkosten berechnet wurde, der Lohnanteil stark gesunken ist.

Wir behaupten — und fordern die Unternehmer auf, das Gegenteil zu beweisen — daß in der deutschen Volkswirtschaft der Lohnanteil im Warenpreise prozentual viel geringer ist als vor dem Kriege und im Ausland. Die Ernährungsfragen haben aufgeböhrt, durch ihre relative Billigkeit einen Ausgleich für die Preissteigerung der industriellen Produkte zu geben. Sie sind vielmehr jetzt ebenfalls mehr gestiegen als der Lohn. Allein die Entwicklung des Mietpreises liegt noch unter dem Niveau des Lohnes. Die Differenz ist aber nicht mehr so groß, um einen Ausgleich herbeizuführen. Ist die Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis in der Wirtschaft größer geworden, so ist das ein untrüglicher Beweis für den gesunkenen Reallohn, der durch keinerlei Lohnstatistische Kunststücke widerlegt werden kann. Die Feststellung, daß der Reallohn gesunken ist, bedeutet allerdings noch keinen Beweis dafür, daß er wieder gehoben werden kann. Wenn wir aber erkennen, daß das Sinken des Reallohnes gleichbedeutend ist mit dem Sinken des Lohnanteils in den Warenpreisen, dann haben wir die Stelle gefunden, wo offenbar die Dinge faul sind und geändert werden können. Damit bekommen wir auch die Möglichkeit, von den allgemeinen Betrachtungen über die Wirtschaftslage überzugehen zu der konkreten Frage des Lohnanteils im einzelnen Produkt.

In der vergrößerten Differenz zwischen Lohnanteil und Warenpreis findet man alle Krankheiten unserer Wirtschaft beisammen. Hier ist der Boden, auf dem die personelle Uebersetzung beim industriellen Unternehmertum wie im Handel geübt kann, wo überflüssige Zwischengewinne ermöglicht werden, wo rückständige Formen der volkswirtschaftlichen Organisation und der technischen Einrichtung sich lebensfähig erhalten können und das arbeitslose Einkommen in jeder Gestalt üppig wuchern kann. Mit solchen Krankheiten im Leibe kann eine Volkswirtschaft auf die Dauer nicht leben. Sie zu entfernen gibt es aber kein anderes Mittel, als zwischen Warenpreis und Lohnanteil wieder ein vernünftiges Verhältnis herzustellen.

Die Lohnpolitik der Unternehmer läuft darauf hinaus, das Mißverhältnis des Lohnanteils im Warenpreise aufrechtzuerhalten. Sie erklären zwar, eine Verbilligung der Produktionskosten und der Warenpreise anzustreben, aber das soll in eben durch eine Senkung der Lohnkosten geschehen. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß nicht nur der nominale Lohn, sondern auch der Lohnanteil bei den Produktionskosten heute noch zu hoch sei. Erst für eine spätere Zeit, nach Tilgung der Reparationslast und erfolgter Wiederherstellung des Volksertrages, stellen sie die Wiederherstellung auch eines größeren Lohnanteils in Aussicht. Dies letztere ist also bei ihnen die für die Zukunft angeordnete Wirkung einer Lohn- und Wirtschaftspolitik, wie sie sie für richtig halten. Wir aber sind der Meinung, daß die Wiederherstellung des richtigen Lohnanteils nicht eine Auswirkung, sondern das wirtschaftspolitische Mittel sein muß, mit dem die Gesundung der Wirtschaft eingeleitet ist. Nach der Auffassung der Unternehmer ist unsere heutige Wirtschaft mit so viel verteuerten Unkosten belastet, daß der Lohnanteil auf absehbare Zeit niedrig bleiben muß, d. h. die Arbeit soll sich mit dem Anteil bescheiden, der nach Wegfall aller vorhandenen sonstigen Ausgaben, der notwendigen wie der entbehrlichen, in der Wirtschaft übrig bleibt. Sie muten der Arbeiterschaft eine Lohnpolitik der Resignation zu. Wir dagegen sind der Meinung, daß die anormalen Unkosten der heutigen Wirtschaft kein unabänderliches Schicksal, sondern im Gegenteil eine höchst überflüssige und zu beseitigende Erscheinung sind. Das wird aber nur zu er-

warten sein durch einen gehörigen Druck auf diese Geschwüre am Körper der Volkswirtschaft. Nach Lage der Dinge kann dieser Druck am besten, vielleicht überhaupt nur hervorgerufen werden durch eine aktive Lohnpolitik mit dem Ziel: Wiederherstellung des angemessenen Lohnanteils. Dabei können die Verhältnisse vorläufig als Maßstab dienen, d. h. das nächstgelegene Ziel unserer Lohnpolitik muß sein, den in der Vorkriegszeit üblichen Lohnanteil wieder zu erreichen.

Damit haben wir die Frage nach dem Ziel unserer Lohnpolitik so gut beantwortet, wie sie uns möglich ist. Die letzten Lohnpolitischen Ziele gehen zwischen den Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und denen einer profitlosen Gemeinwirtschaft so weit auseinander, daß es zwecklos wäre, darüber auch nur den Versuch einer Verständigung zu machen. Wenn wir nun aber für die erste Verteilung des Arbeitsertrags fordern, wobei der Arbeit selbst nur der gleiche Anteil zufallen soll wie in der Vorkriegszeit, so dünkt uns das nicht unbedeutend zu sein. Macht man sich nur erst von der Vorstellung frei, daß die Arbeiterklasse allein die Reparationszahlungen aufzubringen und darüber hinaus ein neues Volkvermögen zusammenzubringen habe, so ist nach unserer Meinung unsere Forderung um so eher zu erfüllen, als zweifellos die Voraussetzungen vorhanden sind, um den Gesamtbeitrag unserer Wirtschaft noch wesentlich zu steigern. Mit den Mitteln allerdings, die den Arbeitgebern vorzuziehen, wird dieses Ziel nicht zu erreichen sein. Wir sind aber, wenn die Unternehmer sich zu einer ehrlichen Wirtschafts- und Lohnpolitik im Gegensatz zur reinen Machtpolitik bekennen, durchaus bereit, auch darüber mit ihnen in einen Gedankenaustausch einzutreten.

(Aus der „Gewerkschafts-Zeitung“.)

Erleichterung und Wirtschaftskrise?

Ende August hat die deutsche Wirtschaftskrise ihren Höhepunkt erreicht. Der Kohlenbergbau, der Kali- und Erzbergbau, die Hüttenindustrie, aber auch sämtliche übrigen Industriezweige lagen darnieder. Für den Monat Juli meldeten sechs große Organisationen 29,4 Proz. der ergriffenen Mitglieder als Kurzarbeiter und 13,8 Proz. als Vollarbeitslose. Im Monat August hat sich aber die Lage nach weiter verschlechtert. Die Belegschaft des Ruhrbergbaues verringerte sich von circa 560.000 auf etwa 460.000, das heißt um 100.000. Die Zahl der Feierlichkeiten wurde immer größer. Die Zahl der Vollarbeitslosen wurde im Monat August auf über 600.000 geschätzt. Die Kurzarbeit war aber durchweg vorherrschend. Nun wird in den Berichten einzelner Handwerksvereine eine gewisse Erleichterung gemeldet. Die Nachprüfung dieser Angaben entzieht sich unserer Kontrolle; insbesondere ist es uns nicht möglich festzustellen, ob die ungeheure Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwas zurückgegangen ist. Wir können aber die einzelnen Tatsachen, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beitragen, daraufhin prüfen, ob irgendwelche in bezug auf dieselben wesentliche Veränderungen, die das Konjunkturbild beeinflussen, eingetreten sind.

In erster Linie war für die Wirtschaftskrise die ungünstige Preisentwicklung sowohl für den Rückgang des inneren Verbrauchs wie in bezug auf die Ausfuhr verantwortlich. Wie stellt sich heute das Bild dar? Der Preisabfall konnte auch im August keinen Fortschritt machen, ja im Gegenteil war eine Preissteigerung zu verzeichnen. Ende August betrug die Großhandelspreiszahl der „Frankfurter Zeitung“ 132, ungefähr soviel wie Ende Mai. Gegenüber dem Höchststand der Warenpreise Ende April mit 146 Proz. des Friedensstandes ist der Preisrückgang nicht bedeutend genau. Die Getreidepreise, aber auch die anderen Lebensmittelpreise sind gestiegen, ebenso die Preise für die meisten ausländischen Rohstoffe. Die Lebenshaltungskosten blieben unverändert. Die Mieten betragen im Reichsdurchschnitt ungefähr 70 Proz. der Vorkriegsmiete. Die Ernährung war dagegen um 22 Proz., Bekleidung um 42 Proz., Heizung und Beleuchtung um 41 Proz. teurer als vor dem Krieg. Im ausländischen Warenverkehr waren die Preise ohne Zweifel niedriger. Die Industrie hat für das Ausland höhere Preise berechnet als für das Ausland. Mit anderen Worten, sie hat „Warendumping“ getrieben. Dieser Preisunterbietung gegenüber der Auslandskonkurrenz ist es zu verdanken, daß die Handelsbilanz im Monat Juli zum ersten Male in diesem Jahr wieder einen Ausfuhrüberschuß zeigte, wenn auch nur in einem geringen Ausmaß (17 Millionen Goldmark). Bekanntlich war bis Ende Juni ein Einfuhrüberschuß im gesamten Betrag von 1,6 Milliarden Goldmark vorhanden, ein Zustand, der auf die Dauer nicht zu halten war. Im Monat Juli ist die Einfuhr um 200 Millionen Goldmark zurückgegangen, die Ausfuhr um 100 Millionen gestiegen. Der Rückgang der Einfuhr entfällt aber zum größten Teil auf Rohstoffe (statt 300 Millionen im Juni wurden im Juli nur für 198 Millionen Rohstoffe eingeführt). Es fragt sich, ob die Ausfuhr in den folgenden Monaten ohne Schlenkerkonkurrenz sich erhöhen kann. Dies hängt mit einer gewissen Preisentwicklung,

die statt Dumping durch die Veränderung der Kostenelemente der Produktion wirken soll, und mit der Gewinnung ausländischer Absatzmärkte zusammen.

Daß die Preise trotz der niedrigen Löhne, deren Anteil an den Produktionskosten viel geringer ist als vor dem Krieg, hoch sind, daran waren die Geld- und Kreditknappheit, die ungeheuren Zinsen, ein unrichtiges Steuersystem, die hohen Frachtsätze, nicht zuletzt auch eine unter den gegenwärtigen Verhältnissen unzureichende Organisation der Industrie schuld. In bezug auf diese Punkte sind manche Änderungen eingetreten.

Die Krise des Geld- und Kreditmarktes ist heute etwas gehindert und dürfte in Zukunft weitere Erleichterungen erfahren. Die Reichsbank hält heute noch an den Kreditbeschränkungen fest. Indessen können sich die Banken leichter bewegen und ohne große Massenbestände halten zu müssen, Kredite gewähren. Allerdings können nur Firmen ersten Ranges Kredite erhalten. Die Errichtung der neuen Reichsbank und die 800-Millionen-Anleihe sollen bald neue Zahlungsmittel in den Verkehr bringen. Dies wird, selbst wenn die Reichsbank sich befreit, eine neue Inflation zu verhindern, aus geldtechnischen Gründen erfolgen, ja, es besteht die Möglichkeit, daß wir es für einige Zeit tatsächlich mit einer neuen Inflation zu tun haben werden. Hinzu kommen die ausländischen Privatkredite. Vorerst sind diese nur noch spärlich vorhanden — die Finanzierung der Zunderausfuhr durch eine amerikanische Privatleihe und die Kreditlinie waren die wichtigsten — doch sollen große amerikanische Privatkredite bald gewährt werden. Man redet von 90 Millionen Dollars. Bei der großen Selbstlosigkeit und dem niedrigen Zinsfuß in Amerika ist dies wohl zu erwarten. Die Kreditzinsen, welche die deutsche Wirtschaft tragen muß, werden jedoch weiter hoch bleiben und nur allmählich mit der völligen Wiederherstellung der Kreditfähigkeit Deutschlands wieder sinken. Die Produktion wird durch diese Zinsen auch in der Zukunft verteuert. Der teure Kredit wirkt nachteilig auf die Löhne zurück; zugunsten des Finanzkapitals müssen diese gemindert werden, was auf der anderen Seite zum weiteren Nachlassen der Kaufkraft und zur Abschwächung des inneren Marktes beiträgt.

Was ist verwunderlich?

Alle organisierten Arbeiter der Welt haben ihr Scherflein zur Errettung der deutschen Gewerkschaften gespendet. Oesterreichische, tschechische, holländische und nordländische Arbeiter haben sogar hungernde deutsche Arbeiterkinder zu sich kommen lassen, um ihnen einige Monate Erholung zu verschaffen. Bürgerliche Blätter werden dessen ungeachtet nicht müde, immer wieder über den „internationalen Dufel der Marxisten“ zu spotten. Nachdenkliche Menschen werden sich darüber nicht wundern, daß aber noch immer tausende Arbeiter solche Zeitungen mit ihren Hungerlöhnen unterstützen, das ist das Verwunderliche. O. K.

Wichtig sind noch die hohen Frachtsätze. Sie standen Ende August immer noch bedeutend höher (durchschnittlich um 12 Proz.) als die Großhandelspreise. Die Regierung hat eine Ermäßigung der Frachtsätze zugelangt. Indessen können diese infolge des Sachverständigenplanes nicht wesentlich ermäßigt werden. Man könnte aber wenigstens einen Ausgleich zwischen den Frachtsätzen der einzelnen Warengruppen schaffen, welche gegenwärtig sehr ungleichmäßig behandelt werden. Die Umsatzzsteuer, welche für die Teuerung zum Teil verantwortlich ist, wurde immer noch nicht ermäßigt. Nach einer Regierungsvorlage soll sie um ein halbes Prozent herabgesetzt werden — eine recht ungenügende Ermäßigung. Sie ist aber unverantwortlicher Weise mit der Hochschulzulage verknüpft worden und soll erst später erliegt werden. Um die Rolle der Umsatzsteuer ermaßen zu können, müssen wir wissen, daß im Voranschlag für das laufende Finanzjahr beinahe ein Viertel der gesamten Staatseinnahmen auf die Umsatzsteuer entfällt, und daß in den ersten vier Monaten des Finanzjahres (April bis Juni) bereits die Hälfte der Summe (578 Millionen), die für ein ganzes Jahr aufgebracht werden soll (1260 Millionen), erreicht wurde. In diesen Zahlen, wie auch in den übrigen Reichseinnahmen, kommt auch die ungerade Verteilung der Lasten zum Ausdruck. Die Steuern auf Vermögen und Erbschaft haben ganz geringfügige Summen gebracht, ein Viertel — ein Viertel des sehr bescheidenen Voranschlags. Die Lohnlage ist im Monat August ungefähr die gleiche geblieben, freilich hat sich die Lage der Lohnarbeiter infolge der Kurzarbeit sehr wesentlich verschlechtert. — In organisatorischer Hinsicht war die Industrie bestrebt, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Der Zusammenschluß von Industriebetrieben macht weitere Fortschritte. Nur erfolgt er in der letzten Zeit nicht durch vertikale Kon-

zentrationen, sondern durch horizontale, das heißt durch Zusammenfassung gleichartiger Betriebe. War die vertikale Konzentration die Folge der billigen Reichsbankkredite und der Anknüpfung an die Rohstoffversorgung (worauf allerdings nur die Ersparnisse an Umsatzsteuern hinzukamen), so ist der Rückgang der neuerlichen horizontalen Konzentration, welche zum Teil in Form von „Interessengemeinschaften“ zustande kommt, nach Preis- und Absatzpolitik eine Standardisierung der Produktion in die Wege zu leiten. In organisatorischer Hinsicht sollen die Unternehmen des deutschen Kalihandels mit dem esch-Ischtrahgischen für die Belieferung Amerikas, die Pläne des Stinneskonzerns für die Schaffung eines europäischen Filmtrusts zur Herstellung von Kleinautos erwähnt werden. Für die Industriezweige hat sich die Stinnesgruppe neuerdings bedeutende Aufträge angeeignet.

Neben diesen Faktoren ist für die Wiederbelebung der deutschen Ausfuhr die Handelspolitik, die von Deutschland verfolgt wird, von großer Bedeutung. Die Wege der Handelspolitik sind heute viel schwieriger als zuvor; überall in der Welt herrscht der Geist der Abspernung. Die ausländischen Märkte werden durch Hochschulzölle versperrt. Es ist eine richtige Handelspolitik, wenn sich auch Deutschland in Zollmauern umgibt? Man sagt, die hohen Schuldsätze sind notwendig, damit man bei den Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Ländern durch Herabsetzung der Zölle Zugeständnisse erreichen kann, die ohne diese Waffe nicht zu erhalten wäre. Dieser Weg ist aber äußerst bedenklich. Er kann letzten Endes zu einer weiteren Abspernung, zur Erschwerung der Verhandlungen, schließlich aber, selbst im Fall einer gewissen Herabsetzung der Zölle, zur übermäßigen Verteuerung der inländischen Produktion und des Verbrauches, sowie zur Steigerung der arbeitslosen Gewinne führen.

Das Steigen des Brotpreises.

In neuester Zeit haben die Weizenpreise auf der ganzen Welt eine seit vielen Jahren nicht verzeichnete Höhe erreicht. Die Tatsache, daß im Getreidehandel eine immer weiter um sich greifende Verunsicherung in Erscheinung tritt, trägt sicher nicht wenig zu dieser Entwicklung bei. Von den verschiedensten Seiten werden Stimmen laut, die die Lage in bezeichnender Weise kommentieren. So schreibt z. B. die „Weltwirtschaftliche Korrespondenz“:

„Die fünf größten Gesellschaften für Getreidehandel der Vereinigten Staaten und Kanadas haben sich vor kurzem zusammengeschlossen und eine vereinigte Ricegesellschaft für die Verwertung des Getreides gegründet. Die Gesellschaften bringen ihre Anlagen (Elevatoren usw.) in das Unternehmen; das Aktienkapital, das 26 Millionen Dollar beträgt, soll aber zum größten Teil durch Farmer gezeichnet werden. Im Verwaltungsrat werden die Farmer in der Mehrheit sein; außerdem werden dort die Elevatorgesellschaften, Getreidehändler, Banken und Eisenbahnen vertreten sein. Die Gesellschaft soll 50 Millionen Dollar Getreide in ihrem Lager aufstapeln können. Der neue Trust soll insbesondere die Ausfuhrgeschäfte besorgen. An dem Gewinn sollen die Farmer beteiligt werden.“

Es ist interessant, in diesem Zusammenhang festzuhalten, daß der „Daily Herald“, das Organ der englischen Arbeiterbewegung, in der Beschreibung dieser Preissteigerung sagt, die gemaltete Haufe sei wahrscheinlich den Maschinenfabrikanten kapitalistischer Gruppen in den Vereinigten Staaten zuzuschreiben, die auf diese Weise die unzufriedenen Bauern beschwichtigen und sie davon abbringen wollen, für die Wahl La Follette's einzutreten. Der bürgerliche „Economist“ behandelt in einer seiner neuesten Nummern ebenfalls diese Frage. Er spricht natürlich nicht davon, daß die Kapitalisten ihre Macht für solche politischen Manöver einsetzen können; hingegen gibt die Zeitschrift anzuwenden zu, „daß die kürzlichen gewaltigen Preissteigerungen für Getreide wohl hauptsächlich auf Spekulationen zurückzuführen seien, die in Hinblick auf die bevorstehende schlechte Ernte gemacht werden.“ Weiter wird gesagt: „Die Haufe der Getreidepreise wird wahrscheinlich Rückwirkungen in der politischen Lage zeitigen und bei den Novemberwahlen eine große Rolle spielen.“

Die Geheimnisse der Wall-Street, eines der wichtigsten Zentren des Weltkapitalismus, sind nicht leicht zu erringen; doch ist die Tatsache schon vielsagend, daß bei der gegenwärtigen Weltordnung die Kapitalisten in der Lage sind, die Preise des wichtigsten Nahrungsmittels der Arbeiter im Interesse der Stabilisierung ihrer Macht höher zu schrauben. Solche Waffen sind allerdings scharf, und wenn z. B. die Russen die seit Jahren für die nutzlose Propagierung der Weltrevolution verausgabten Milliarden für den Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten und so zur Hebung ihrer Getreideproduktion verwendet hätten, die unter normalen Umständen auf dem Weltmarkt eine große Rolle spielen kann, hätten sie im Interesse der Arbeiter unendlich viel mehr geleistet.

Internationalität und Kultur.

Zum Menschheitstage am 21. September.

Sein internationales Fühlen macht man dem Proletariat immer und immer wieder zum Vorwurf. Man sieht im internationalen Fühlen etwas Verwerfliches, Unnützlich, ein Zeichen von Analfur. Und doch ist das internationale Gefühl eine Voraussetzung zur wahren Geistigkeit; und es hat noch nie einen großen schöpferischen Menschen gegeben, der mit seinem Fühlen nicht eine ganze Welt umspannt.

Was ist denn Kulturgefühl? Ist Kulturgefühl die gemütliche Stimmung, in die irgendein Künstler den im beglücklichen Kamine über den fatten Eschier verzieht? Oder ist Kulturgefühl das selbstgefallige Bewußtsein mit seiner ganzen, den großen Fragen gegenüber gleichgültigen und darum bedeutungslosen Persönlichkeit dem „Volke der Dichter und Denker“ angeschlossen? Oder ist das ein Ausdruck der Kultur, ein Wissen von Dichterverken zu besitzen und mit angelegtem Gut eine Heberlegenheit gegenüber der anderen Klasse hervorzuführen? Aber so ist die moderne Geistigkeit unserer untergeordneten Zeit, nichts als äußerliches Erstarren. Nichts als Stolz, den man der Seele auflegt. Aber nicht eine Spur von kongenialer Erlebens der großen. Nicht eine Spur einer Revolutionierung der Seele von innen heraus zum Größeren hin.

Kultur ist in ihrem wahren, tiefsten Wesen nichts Gegenwärtiges, Selbstgefallig-Friedliches. Wenn unsere großen, die der Kultur das Gepräge und unserm Volke den Charakter des Volkes der Dichter und Denker gaben, wenn sie Kulturgefühl in seiner höchsten Fülle erlebten, dann fürchte man in ihnen, denn wogte die Brust. Dann revolutionierte es aus ihrer Seele heraus ins Weltliche, Grenzüberschreitende. Dann gab es nicht Linien, die die Welt künstlich zerteilten. Dann gab es nur eine Welt und eine Menschheit, der das ganze, trübe, schöpferische Drängen galt. Das Schiller sein Lied von der „militärischen Frende“ gebietet hat, als er nach ewigen wirtschaftlichen Sorgen endlich einmal vorübergehend die Sorgenlose Kraft zum kulturellen Schaffen fähig, ist bezeichnend für die natürliche Einheit von Internationalität und Kultur. Werke von Ewigkeitswert kann der Mensch nur schaffen, wenn seine Seele nicht Raum kennt, noch Zeit, sondern nur Liebe. Das Menschheitsgefühl ist die erste Voraussetzung jeder großen schöpferischen Kultur.

Aber ist es denn vielleicht das Vorrecht der ganz großen, Ewigkeitswerte schaffenden Meister, ihr Gefühl von Volk und Vaterland hinauszuwachen zu lassen in die Menschheit? — Wenn die große, millionenumhüllende Liebe die Voraussetzung ist

zum großen kulturellen Schaffen, dann ist sie auch die Voraussetzung zu einem Nacherleben jenes Schöpfertums, dann kann nur der den ganzen menschheitsbildenden Sinn der Werke erfassen, der sie mit der Seele des Großen genießt. Und diese Seele heißt Liebe zum Menschengeschlecht.

Kultur ist nicht irgendein Selbstzweck. Sobald etwas Einzelnes, Losgeriffenes, Getrenntes der letzte Sinn der Kultur ist, herrscht Analfur. Wenn Kultur im einzelnen Ich oder im nationalen Ich, in einem bestimmten Volke seine letzte Erfüllung finden soll, hat sich die Kultur in eine Sackgasse verrennt. Wohl gibt es auch die Kultur der Persönlichkeit und die Kultur eines Volkes, doch nie als Selbstzweck immer nur als Mittel zu Größerem, Wachsendem, Weiterumhüllendem. Kultur ist in ihrem großen, schöpferischen, ewigkeitsübergenden Sinne grenzenlos. Und nur wer aus sich selbst umfassenndem Meer der Liebe schöpft, trinkt die Kultur seines Einzelgebietes mit dem gesunden, lebendigen Saft, der ein Wachsen zum Höchsten verburgt.

So bedeutet dieser Gegensatz zwischen Nationalismus und Internationalismus — gleich den Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Kultur. Dort aus engstirnigem Nationalismus heraus eine nüchterne Einschränkung jeder großen Idee, hier aus dem Internationalismus heraus ein Erleben der gesamten Menschheit. Dort aus beschränktem Nationalismus heraus ein Hinzuweisen des einzelnen Wertes aus dem unvollständigen Geiste, der es geschaffen. Hier aus der Internationalität heraus jedes einzelne Werk als „Bruchstück“ einer großen, weltumspannenden „Konzeption“ (Goethe), der der Mensch die Liebe und Höchste ist.

Nur wer die Menschheit in sich fühlt, hat die innerliche Voraussetzung zum großen Kulturgefühl. Nur er steht über dem Leben zu fühlen, was über das Leben an kulturellem Schaffen hinausragt. Nur er hat die jeiliche Einstellung, die das Kulturgut erhebt, die wogende Seele, die revolutionäre Seele, die liebende Seele. Mensch heißt Liebe und Liebe heißt Mensch. „Der Mensch ist aber ein Gott“, sagt Hölderlin, „so bald er Mensch ist.“

Dr. Gust. Hoffmann.

Internationaler Antikriegstag.

Der Antikriegstag der internationalen Arbeiterchaft findet unter günstigen Umständen statt. Als im November des vergangenen Jahres der Internationale Gewerkschaftsbund beschloß, am dritten Sonntag im September 1924 eine internationale Demonstration gegen den Krieg zu veranstalten, war der politische Himmel trotzlos dunkel, und auch als nachher die Agi-

tation einsetzte, war kaum ein Lichtstrahl zu sehen. Das Friedensbedürfnis war zweifellos nicht allein in der Arbeiterchaft vorhanden, aber es konnte nicht zum Ausdruck kommen, es wurde durch die Reden der Kriegsheber und des ihnen ergebenen Teiles der Presse niedergebunden. Allmählich klärte sich der Horizont auf. In England kam die Arbeiterpartei an die Regierung, die französischen Wahlen brachten die Niederlage Poincaré's und nahmen diesen Abdruck, der auf ganz Europa lastete, weg; auch in Dänemark übernahmen Vertreter der Arbeiterchaft die Zügel der Regierung und kündigten Abrüstung an. Die Menschheit gewann wieder Hoffnung und auch die Friedensfreunde außerhalb der Arbeiterchaft erhoben ihre Stimme. Der Damm war gebrochen; man sieht wenigstens den Anfang einer neuen Zeit, wenn auch noch genug Hindernisse und Gefahren zu beseitigen sind.

Daß diese Veränderung möglich wurde, ist zweifellos der Tätigkeit und dem Drängen der organisierten Arbeiterchaft zu danken. Diese hat schon während des Krieges und ununterbrochen nachher versucht, nicht allein einen Ausweg aus den jetzigen Schwierigkeiten zu finden, sondern auch in der Zukunft die Kriegsgefahr zu beseitigen. Ohne die Anstrengungen der französischen Arbeiterchaft wäre es nicht möglich gewesen, das größte Hindernis für den Frieden, Poincaré, zu beseitigen und in Frankreich eine friedensfreundliche Stimmung zu schaffen; daß England und Dänemark Arbeiterregierungen bekommen haben, ist die Frucht jahrzehntelanger aufopfernder Tätigkeit der Arbeiterchaft und ihrer Organisationen. Ohne diese ununterbrochene Tätigkeit der Arbeiterchaft wären die in den letzten Tagen auf der Völkervereinigung in Genf gehaltenen Reden nicht möglich gewesen.

Die Arbeiterchaft hat bei der Bekämpfung von Krieg und Kriegsgefahr bisher die Führung gehabt und darf im Interesse der Menschheit auch in der Zukunft diese Führung nicht aus der Hand geben. Sie muß weiterhin wirksam sein und den Friedensgedanken pflegen. Hoffentlich wird auch einmal die Zeit kommen, wo in jenen Ländern, in denen zurzeit die Kriegsgefahr groß ist, die Arbeiterchaft so an Macht gewinnt, daß dem Kriegsgotte das blutige Handwerk gelegt werden kann.

Der Antikriegstag am 21. September wird den entschienenen Willen der Arbeiterchaft zum Ausdruck bringen, die alte Barbarei der Kriege zu beseitigen und Einrichtungen zu schaffen, die ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker ermöglichen. Der Antikriegstag wird außerdem die Einleitung weiterer Agitation sein, die die Möglichkeit gibt, fortwährend die Antikriegsstimmung zu stärken und so auch die Möglichkeit zu schaffen, im gegebenen Augenblick den Ausbruch neuer Menschenschlächtereien zu verhindern.

Unterstützungsanspruch ab 1. Oktober 1924.

(Ausscheiden und aufbewahren.)

Wir bringen hiermit nochmals die Beschlüsse über die Neu-
regelung des Beitrags- und Unterstützungswezens zur allgemeinen
Kenntnis der Mitglieder. Am 11. und 12. Mai d. J. beschloß
der Vorstand und Beirat, im Statut folgende Änderungen ein-
zuführen:

§ 4. Eintrittsgeld.

Ziffer 1 soll lauten: „Jedes neu eintretende männliche Mit-
glied hat bei der Aufnahme 1 Mk., jedes weibliche Mitglied
50 Pf. und jedes männliche sowie weibliche Mitglied unter
16 Jahren 25 Pf. Eintrittsgeld zu entrichten.“

§ 5. Beiträge.

Ziffer 1. Jedes Mitglied hat für die im § 1 unter a bis m
genannten Zwecke einen wöchentlichen Beitrag zu entrichten, und
zwar bei einem Wochenverdienst

über	bis	7,50 Mk.	20 Pf.
11,50	15,50	11,50	80
15,50	22,—	15,50	40
22,—	29,—	22,—	60
29,—	36,—	29,—	80
36,—	43,—	36,—	100
43,—	50,—	43,—	120
50,—	—	50,—	140
—	—	—	160

§ 10. Ertragsbücher.

Ziffer 2. Ertrag für beschäbigte oder versorengegangene
Quittungskarten oder -bücher wird nur gegen eine Gebühr von
50 Pf. geleistet. Den Betrag usw.

§ 11. Erwerbslosenunterstützung.

Erwerbslosenunterstützung wird gewährt nach einer Bei-
tragsleistung von

Beitrag	52 Wochen	156 Wochen	260 Wochen	416 Wochen
0,20	1,—	1,20	1,40	1,60
0,30	1,50	1,80	2,10	2,40
0,40	2,—	2,40	2,80	3,20
0,60	3,—	3,60	4,20	4,80
0,80	4,—	4,80	5,60	6,40
1,—	5,—	6,—	7,—	8,—
1,20	6,—	7,20	8,40	9,60
1,40	7,—	8,40	9,80	11,20
1,60	8,—	9,60	11,20	12,80

§ 18. Fahr- und Umzugsgelder.

Ziffer 2. Fahr- und Umzugsgelder kann ein Mitglied inner-
halb 52 Wochen nur je einmal erhalten, und zwar durch Bewil-
ligung der Zahlstellenverwaltung. Fahrgehalte dürfen nicht
in Ziffer 3 wird der Satz: „Die bewilligten Fahrgehalte
dürfen innerhalb 52 Wochen den Gesamtbetrag von 800 Mk.
unter keinen Umständen übersteigen.“

Ziffer 6 soll lauten: „Ein zweites Mal innerhalb 52 Wochen
können Fahr- und Umzugsgelder nur dann bewilligt werden,
und zwar nur durch den Verbandsvorstand, wenn Maßregelung
wegen Verbandszugehörigkeit oder Tätigkeit für den Verband
vorliegt.“

Ziffer 7. An Umzugsgeldern können dem Mitgliede
bis zwei Drittel der entstandenen Kosten für den Transport
der Hausgerätschaften gewährt werden.

§ 19. Sterbegeld.

Das Sterbegeld beträgt:

Beitrag	52 Wochen	260 Wochen	520 Wochen
0,20	6,—	10,—	15,—
0,30	8,—	15,—	22,50
0,40	12,—	20,—	30,—
0,60	18,—	30,—	45,—
0,80	24,—	40,—	60,—
1,—	30,—	50,—	75,—
1,20	36,—	60,—	90,—
1,40	42,—	70,—	105,—
1,60	48,—	80,—	120,—

§ 21 und 22. Streif- und Maßregelungsunterstützung.

Unterstützung wird gewährt nach einer Beitragsleistung:

Beitrag	nach 52 bzw. unter 52 Wochen	nach 52 Wochen	nach 260 Wochen
0,20	2,40	3,20	4,—
0,30	3,60	4,80	6,—
0,40	4,80	6,40	8,—
0,60	7,20	9,60	12,—
0,80	9,60	12,80	16,—
1,—	12,—	16,—	20,—
1,20	14,40	19,20	24,—
1,40	16,80	22,40	28,—
1,60	19,20	25,60	32,—

Rinderzuschlag.

Bei Streif und Maßregelung wird pro Woche und Kind
unter 14 Jahren ein Zuschuß von 1 Mk. der Streif- und Maß-
regelungsunterstützung zugerechnet.

Die Beiträge gelten ab 1. Juni 1924.
Die Unterstützungen treten nach 17wöchiger Beitrags-
zahlung, also frühestens am 1. Oktober 1924 in Kraft.

Unterstützungsanspruch.

Bezüglich des Unterstützungsanspruches haben die Zahlstellen-
assistenten bzw. Verwaltungen folgendes zu beachten:

Anspruch auf Unterstützung ab 29. September d. J. haben
nur diejenigen Mitglieder, die bis einschließlich 27. September
d. J. insgesamt 52 Beiträge, darunter 17 von den ab 1. Juni
d. J. geltenden Beiträgen, entrichtet haben.

Unterstützung können und dürfen nicht erhalten alle die Mit-
glieder, die seit ihrem Eintritt in die Organisation noch keine

Adressenänderungen.

Hermesdorf. 1. Vorsitzender: Fritz Trinks, Dr.-Ing. Schil-
lerstraße; 2. Vorsitzender: Albin Brüder, Weber, Ober-
dorferweg; Revisor: Kurt Kraft, Georg Löffler, Gläuser, Arbeiter-
häuser Schillerquerstraße.

Tiefenfurt. Vorsitzender: Bruno Dienert, Maler, Tiefen-
furt; Revisor: August Hördel, Porzellanarbeiter, Mühlbock.

Versammlungs-Anzeigen.

Reisen. Mittwoch, den 25. September, abends 8 Uhr,
Zahlstellenversammlung in der „Sonne“. Arbeitersekretär
Gottlieb Bürgin-Regensburg spricht über: „Die Arbeiter und
ihre Gegner.“

Der Pessimist klagt das Glück, der Optimist das Unglück. Ob
vielleicht nicht beide im Recht sind.

Die Guten lernen von den Schlechten stets mehr, als die
Schlechten von den Guten.

52 Wochenbeiträge entrichtet haben und die Mitglieder, die wohl
schon 52 Wochenbeiträge, aber noch keine 17 von den seit 1. Juni
d. J. geltenden Beiträgen, entrichtet haben. Unter letztere fallen
alle die Mitglieder, die am 27. September d. J. Meiste, und wenn
auch nur für eine Woche, aufweisen, und die, die in der Zeit
vom 1. Juni d. J. ab ganz oder teilweise erwerbslos, mithin
beitragsfrei, gewesen sind.

Unterstützungshöhe.

Die Höhe der Unterstützung richtet sich gemäß vorstehender
Tabellen nach der Höhe des Beitrages, den ein Mitglied ent-
richtet hat.

Hat zum Beispiel ein Mitglied ab 1. Juni d. J. regelmäßig
pro Woche 60 Pf. Beitrag entrichtet und weist insgesamt eine
52wöchige Beitragsleistung auf, so liegt der Anspruch klar zutage,
es kann Zweifel über die Höhe der Unterstützung nicht geben.
Ein solches Mitglied erhält im Unterstützungsfalle pro Woche
3 Mk. Unterstützung oder, je nach längerer Beitragsleistung, 3,60
Mk., 4,20 Mk. und 4,80 Mk.

Anders liegt aber die Sache bei Mitgliedern, die ab 1. Juni
d. J. einen in der Höhe wechselnden Beitrag entrichtet haben.
In solchen Fällen muß folgendes beachtet werden:

Ein Mitglied zahlte bei Einführung der jetzigen Beiträge in
der ersten Woche (1. bis 7. Juni) 60 Pf., die folgenden Wochen
jedoch 80 Pf. Dieses Mitglied hat im Unterstützungsfalle nur
Anspruch auf den Unterstützungssatz, der auf den 60-Pf.-Beitrag
festgelegt ist. Die Zahlung des Beitrages in Höhe von 80 Pf.
von der zweiten Woche des Juni ab gilt als Höherversicherung
und für eine solche ist gemäß § 5, Ziffer 5 des Statuts eine
26wöchige Karenzzeit vorgesehen.

Zahlte jedoch ein Mitglied in der Woche vom 1. bis 7. Juni
d. J. 60 Pf. Beitrag und von der 2. oder auch 3. Woche des
Juni ab nur 40 Pf., so gilt die Zahlung des niedrigeren Bei-
trages als Höherversicherung und wird im Unterstützungsfalle ge-
mäß § 5, Ziffer 6 des Statuts sofort der dem niedrigeren Bei-
trag entsprechende Unterstützungssatz gezahlt, nach vorstehendem
Beispiel 2,— Mk., 2,40 Mk., 2,80 Mk. und 3,20 Mk. Daran
ändert auch die Tatsache nichts, daß das Mitglied eventuell von
der 4. Woche im Juni ab wieder einen höheren Beitrag entrichtet.
Diese nachträgliche Zahlung eines höheren Beitrages gilt wieder
als Höherversicherung.

Es sei auch noch besonders auf die Bestimmung des § 14,
Ziffer 6 des Statuts aufmerksam gemacht, wonach der Zahl-
stellenassistent über den Unterstützungsanspruch und den Unter-
stützungsanspruch eines Mitgliedes nicht allein entscheiden darf,
sondern nur gemeinsam mit einem zweiten Verwaltungsmit-
gliede unter strenger Beachtung der statistischen Bestimmungen.

Unter allen Umständen ist es erforderlich, daß die Revi-
soren und Vorsitzenden eine scharfe und regelmäßige Kontrolle
darüber ausüben, ob betreffs Gewährung und Auszahlung von
Unterstützung die statistischen Bestimmungen beachtet werden.
Werden die statistischen Bestimmungen nicht beachtet und die
Kontrolle gar nicht oder nur ausgiebig, dann besteht die Gefahr,
daß die Unterstützungsanstalten wieder abgebaut werden
müßten.

Wemert sei noch, daß über Bewilligung von Streif- und
Maßregelungsunterstützung nur der Vorstand entscheidet.

Zur Quittierung der Unterstützungen sind die entsprechenden
Quittungsformulare zu benutzen. (Siehe Materialverzeichnis.)
Sollten die Quittungsformulare in der Zahlstelle nicht vor-
rätig sein, dann sind solche rechtzeitig von der Hauptkasse zu
fordern.
Der Verbandsvorstand.

An die Zahlstellenverwaltungen!

Durch Verfügung der Reichsarbeitsverwaltung (Reichsamt
für Arbeitsvermittlung) sind die Gewerkschaftsvorstände ver-
pflichtet, jeden Monat an die Reichsarbeitsverwaltung zu be-
richten, wieviel arbeitslose Mitglieder der Verband zählt und
wie groß die Zahl der Kurzarbeiter unter den Mitgliedern ist.
Zu diesem Zweck haben die Zahlstellenassistenten statistische Karten
vom Hauptbureau erhalten, die sie am letzten Arbeitstag in der
letzten Woche des Monats ausfüllen und an den Hauptvorstand
einsenden sollen. Im Hauptbureau des Verbandes werden die
eingehenden Meldungen der Zahlstellen zusammengestellt und an
die Reichsarbeitsverwaltung weitergeleitet. Dabei ist ebenfalls
ein bestimmter Termin vorgesehen, der unbedingt eingehalten
werden muß.

Wir haben uns im Laufe der Zeit viele Male an die Kassierer
wenden müssen und um Einsendung der statistischen Karten
überhaupt oder um deren pünktliche Einsendung ersucht. Leider
müssen wir immer wieder feststellen, daß eine erhebliche Zahl
von Zahlstellenassistenten entweder die Karten überhaupt nicht
oder sehr verspätet, oftmals viel zu spät, hierher senden. Die
Karten auszufüllen ist, wenn der Zahlstellenassistent die nötigen
Unterlagen hat, eine kleine Mühe, die bestimmt wenig Zeit in
Anspruch nimmt. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß der
Zahlstellenassistent von den Mitgliedern unterrichtet wird, wer
arbeitslos ist, kurz arbeitet und wieviel die Arbeitszeit verkürzt
ist. Daß dieses geschieht, dafür hat die Zahlstellenverwaltung zu
sorgen und Mittel und Wege zu finden.

In den letzten Monaten haben wiederum eine ganze Reihe
von Zahlstellen keine Karten eingesandt. Darunter sogar solche,
die einen Lokalangestellten haben. Wir sind der Auffassung, die
Zahlstellenverwaltungen haben oftmals keine Kenntnis von der
Beratung des Zahlstellenassistenten; deswegen geben wir
heute bekannt, welche Zahlstellen für die Monate Juni, Juli und
August keine Karten eingesandt haben, um mahnend und erin-
nernd zu wirken. Es sind dies die Zahlstellen: Altkundstadt,
Colbitz, Försheim, Grewen, Mainlau, Naila, Oesnitz, Panitzsch,
Rattigen, Regensburg, Röhlan, Rottlenderode, Schmiedeburg bei
Halle, Schramberg, Schwäbisch Gmünd, Schwarzenberg,
Schwarzenfeld, Wallhausen, Weizenstadt, Weizwasser.

Diese Zahlstellen haben drei Monate hintereinander nicht
berichtet, trotzdem wir in einem Rundschreiben daran erinnert
haben, und trotzdem wir in Nr. 36 der „Ameise“ eine Auffor-
derung brachten.

Im Juni haben 7 von 164 Zahlstellen die Karten nicht ein-
gesandt, darunter 3 Zahlstellen mit Lokalangestellten. Im Juli
hatten 10 Zahlstellen und im August 40 Zahlstellen nicht be-
richtet.

Wenden die Zahlstellenassistenten und die Verwaltungen
dringend, darauf zu achten, daß in Zukunft die Absendung der
Karten pünktlich erfolgt.
A. P. e. l.

† Sterbetafel †

Freital-Botschardt. Hermann Winkler, Dreher, ge-
boren am 19. 6. 1869, gestorben an Zuckerkrankheit. Organisiert
seit 1894.

Hermesdorf. Emil Sachse, geboren am 12. 8. 1888, ge-
storben durch Freitod. Organisiert seit 1921.

Ilmenau. Theodor Müller, Konditor, geboren am
14. 2. 1869, gestorben an Darmkrebs. Organisiert seit 1897.

Nashütte (Unterweißbach). Eskar Müller, Form-
gießer, geboren am 7. 1. 1882, gestorben an Lungen- und Rippen-
fellentzündung. Organisiert seit 1907.

Königszell. Julius Knörrich geboren am 15. 8. 1861,
gestorben an Schlaganfall. Organisiert seit 1919. — Ida
Schiffert, geboren am 26. 6. 1896, gestorben durch Freitod. Or-
ganisiert seit 1922.

Ehre ihrem Andenken!

Aufruf!

Der Kollege Max Boheder, M. Weissdorf, ist schon seit
gerer Zeit krank erwerbsunfähig, und aus allen Krassen
geleitet. Die Zahlstelle hat ihn, soweit es ihr möglich
unterstützt. Da außer ihm eine Tochter ebenfalls schon längere
Zeit krank ist, befindet sich derselbe in sehr beengter Lage.
Daher bittet die Zahlstelle M. Weissdorf die anderen Zahlstellen
im Reich, zur Unterstützung des betreffenden Kollegen
Scherslein beisteuern zu wollen. Gelber sind zu senden
Kassierer Hugo Meinunger, Schalkendorf (Thüringen). Da
tun erfolgt in der „Ameise“.

Quittungen.

Colbitz. Für den kranken Kollegen Karl Kotte gingen
bezeichnete Beiträge ein: Rosen, Selb-Wöbberg, Köhner, M.
hütte, Naunstein je 2,— Mk.; Spanbau, Weiden, Teitow, W.
bamm, Tiefenfurt, Stadtlenasfeld, Schlierbach, Magdeburg
3,— Mk.; Arzberg, Eckerwerda je 5,— Mk. Summa 44,—

Im Namen des Kollegen Kotte und der Zahlstelle Co-
spende ich hiermit allen Gebern besten Dank aus.

Max Dertel, Vorsitzender, Colbitz

Für die kranke Kollegin Schmidt gingen nachträglich
ein: Freital und Walbsaffen je 2,— Mk. Bereits mittl.
61,— Mk. Summa: 63,— Mk.

Auch diesen Spendern im Namen der Kollegin Schmidt
sowie der Zahlstelle Stadtlenasfeld den herzlichsten Dank.
Richard Luther, Kassierer

Geschäfts-Anzeigen.

Offiziere: Prima Benghasi Zymoocalschwämme, groß
mittel, das Kilo 80,— bis 150,— Goldmark; billige Zymooca,
allen Größen sortiert, das Kilo 24,— G.-Mk., kleine u. mittl.
Levantiner, Glasur- u. Garnierungsschwämme, d. Kilo 50,—
Mk., feinste größte Levantiner, das Kilo 80,— bis 150,— G.-Mk.
Süße große prima Levantiner „Elefantenhorn“, das Kilo 2—30
G.-Mk., faustgroße, weiche prima Reef (auch f. Druckereien
eignet), das Kilo 60,— G.-Mk., Reef od. Hartheadschwämme, f. G.
Größen, d. Kilo 35,— G.-Mk., Pfefferbrennwolle, faust- bis 10
groß, p. Std. 1,— b. 5,— G.-Mk. Zahlungsbeding. n. Vereinbarung.
H. Mischelohn, Schwammfabrikation, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 4

Arbeitsmarkt.

Den Bewerbungsschreiben zu den Schiffsrevisoren muß stets
das Briefporto beigelegt sein, damit die Weiterbeförderung
möglich ist.

Tüchtiger Schleifer, ledig, mit allen vorkommenden Ar-
beiten vertraut, sucht sofort Stellung. Angebote unter „F. 111“
werden an „Die Ameise“ erbeten.

Erfahrener Modellbauer und Retoucher
25 Jahre alt, ledig, mit guter Fachschulbildung, sucht zum so-
fortigen Antritt Stellung als Modellbauer oder Retoucher
für Plastik-, Porzellan- und Gebrauchsmobile in guter Qualitäts-
fabrik. Angebote unter „F. 112“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, lediger Schleifer, an sauberes Arbeiten ge-
wöhnt, sucht für sofort Stellung. Angebote unter „F. 113“ be-
fordert „Die Ameise“.

Abgießer und Einrichter, 24 Jahre alt, an sauberes
Arbeiten gewöhnt, sucht passende Stellung. Zuschriften werden
unter „F. 133“ an „Die Ameise“ erbeten.

Zwei junge, ledige Maler, firm in allen Arbeiten, wie
Rand, Band, Staffage, Stempel, Koloration, wünschen ihre
Stellung zu verändern. Angebote werden unter „F. 134“ an
„Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger Schubscheibendreher, ledig, auf Stein-
gut- und Tonwaren gut eingearbeitet, sucht Dauerstellung. Zu-
schriften sind unter „F. 135“ an „Die Ameise“ zu richten.

Tüchtiger, selbständiger Dreher, 22 Jahre alt, ledig, in der
Herstellung von Hoch- und Niederpannungsmotoren völlig be-
wandert, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse, Stellung. Angebote
unter „F. 131“ befördert die „Ameise“.

Junger, lediger Maler, 22 Jahre alt, sucht baldmöglichst
Dauerstellung in einer Steinzeugfabrik. Suchender ist firm in
Schablonenprägerei für bessere Dekore auf Kuchen- und Tisch-
service und beherrscht auch die Goldmalerei. Für flottes und
sauberes Arbeiten wird garantiert. Offerten werden unter „F.
132“ an „Die Ameise“ erbeten.

Inferate im Arbeitsmarkt der „Ameise“ werden spottbillig berechnet und haben den größten Erfolg.

2 tüchtige ledige
Deformaler
auf Glasur finden dauernde Be-
schäftigung. Angebote unter Ein-
sendung von Zeugnissen an (103)
Emallierwerk
Schweizer & Söhne
G. m. b. H.
Schramberg (Schwarzwald)

Tüchtige ledige
Maler
für Rand, Band, Staffage;
außerdem ein tüchtiger
Spritzer

für bessere Schablonen-
Spritzerei für Emallierwerk
geüht. Angenehme dauernde
Stellung. Off. unter „163“
an „Die Ameise“ erwünscht.

Formengießer

für größere Geschirrfabrik
bei bestem Lohn gesucht.
Angebote unter „164“ an
die Expedition der „Ameise“.

Verbandsmitglieder! Schließt
nur Versicherungen ab bei der
Volkspflege
Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche
Versicherungs-Aktiengesellschaft
Hamburg 5.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten
Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Henniger,
Charlottenburg, Braßstraße, Neubau. — Verlag: Wilhelm
Herden, Charlottenburg, Braßstraße, Neubau.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SW., Elisabethufer 28/29.